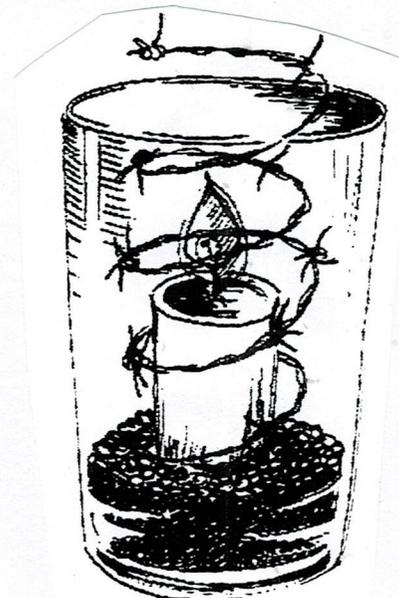


Bedrängte und verfolgte Christen und Menschen in großer Not

Newsletter April 2023

Verantwortlich: Ernst Herbert, Pfarrer i.R. Tel. 09181/254162
Badstraße 17 b, 92318 Neumarkt – eg.herbert@t-online.de



Pakistan –

jährlich werden ungefähr 1.000 Mädchen und junge Frauen, die den Minderheiten der Christen und Hindus angehören, entführt, vergewaltigt und gezwungen, den islamischen Glauben anzunehmen und sich den Übertritt auch bescheinigen zu lassen.

Die jüngsten Betroffenen sind erst zwölf Jahre alt.

Quelle: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – Februar 2023

Seit dem 19. Januar 2023 finden nach einer Unterbrechung wieder Anhörungen über die Zwangsehe der 15-jährigen Christin Reha Saleem statt.

Vor einem Jahr wurde Reha Saleem von einem 42-jährigen muslimischen Fanatiker zur Ehe sowie zum Glaubenswechsel gezwungen. Er ließ auch noch zu, dass sie von mehreren jungen Männern vergewaltigt wurde. Das Mädchen konnte fliehen und muss sich seither mit ihrer Familie verstecken. Noch immer kann der Täter auf der Grundlage der Heiratsurkunde, obschon unter falschen Voraussetzungen erschlichen, ihre Rückkehr fordern und ihre Eltern als Entführer brandmarken.

Die Rechtsanwältin Sumera Shafique bat die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ am 9. Januar 2023 nochmals um Hilfe: Für eine Übergangszeit möchte sie nun die Familie versorgen, weil diese nach einer Warnung nochmals den Unterschlupf wechseln muss; sie kann, solange die 15-jährige Reha nicht vor Gericht gesiegt hat, nirgends mehr richtig Fuß fassen. Wenn der Täter das Mädchen aufspürt und nochmals verschleppt, würde er nicht einmal dafür belangt. Die Rechtsanwältin Sumera Shafique kämpft derzeit vor dem High Court in Lahore (Hauptstadt der Provinz Punjab) für die Nichtigkeitserklärung der Ehe und des Glaubenswechsels.

Aus dem Bericht der „Allparteien-Parlamentariergruppe für pakistanische Minderheiten“:

„Das Versagen fängt schon im nächsten Polizeirevier an, wo häufig nur widerwillig – wenn überhaupt – eine Anzeige im Entführungsfall aufgenommen wird. Verstöße gegen das Verbot der Kinderehe, sowohl auf nationaler wie auch auf Provinzebene, werden nicht konsequent bestraft. Vor Gericht ziehen sich zudem Verfahren, in denen Eltern um die Rückkehr ihrer Töchter kämpfen, ungebührlich in die Länge. Menschenrechtsverteidiger sehen pakistanische Hindus und Christen von den staatlichen Organen für Strafverfolgung, Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit allein gelassen. Sie verlangen daher zurecht eine Verschärfung der Gesetze wie das Heraufsetzen des Mindestalters und die Ausweispflicht bei der Eheschließung, um einer Heirat unter falschen Angaben den Boden zu entziehen. Diese Forderungen sind jedoch weit entfernt davon, politisch durchgesetzt zu werden.